

Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande

Grenzfriedensbrief Nr. 7

Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung

wird am Sonnabend, dem 28. Juni, vormittags 10.30 Uhr, in Thomas Hotel in Husum mit folgender Tagesordnung stattfinden:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Planungen.
4. Sonstiges.

Vorstandswahlen sind erst im nächsten Jahre fällig.

Im Meinungsaustausch mit der Gegenseite.

Der Briefwechsel mit Herrn Toussieng, dem Sekretär von Sydslesvigsk Udvalg, scheint zu stocken. Wir hatten ihn mit seinem Freunde zu einer Aussprache nach Klappholtal geladen, sind aber noch ohne bindende Zusage. Das letzte Schreiben bestätigt, was wir vermuten mußten, daß die Ressentiments noch zu stark sind. Von drüben wird uns immer entgegengehalten, daß Bismarck das Land „geraubt“ hat und daß man das Geraubte auf „demokratische“ Weise zurückgewinnen will. Wir betonen, daß die Floskel von der Raubgesinnung Bismarcks eine böartige Propagandaformel ist, die keineswegs den Tatsachen entspricht und auch von dänischen Wissenschaftlern nicht geteilt wird. Wir sind der Meinung, daß das Reden über Grenzverlegungen und territoriale Besitzansprüche verstummen muß, wenn eine echte Befriedung des Grenzlandes, d. h. eine vorbehaltlose Anerkennung des Rechts der einzelnen Individuen auf Selbstbestimmung und Pflege ihrer Nationalität kommen soll.

Sydslesvigsk Udvalg betreibt stärker als alle anderen dänischen Organisationen die Errichtung dänischer Schulen im Gürtel zwischen Eider und Dannewerk. Die Bauten in Seeth, Büdelsdorf und Eckernförde sind sein Werk. Man stützt sich dabei weniger auf kultur- und staatsrechtliche Ansprüche historischer Art als darauf, daß man des Hinterlandes sich umso sicherer glaubt, je weiter die festen Vorwerke vorgetrieben sind.

Wir werden darum mit Sydslesvigsk Udvalg nicht zu einer Einigung kommen. Trotzdem halten wir jede Aussprache mit dem Gegner für fruchtbringend. Über allen nationalen Meinungsverschiedenheiten steht der Respekt vor der menschlichen Persönlichkeit.

Erfreulicher hat sich die Verbindung mit Mellefolkeligt Samvirke entwickelt. Sie hatte uns im vorigen Jahre zu Vorträgen vor dänischen Südschwedestudenten nach Kopenhagen und Hamburg geladen und dann noch vor deutschen und dänischen nach Jarplund. Es haben sich jedesmal im Anschluß daran ersprießliche und fruchtbare Aussprachen entwickelt, und wir dürfen annehmen, daß sie sich schon in völkerverbindendem Sinne auswirken werden. Verschiedene unserer die dänische Sprache verstehenden Mitglieder und Freunde erhalten auf unsere Anregung hin die Monatsschrift des Vereins jenes Studentenkreises „Front og Bro“. Daß sie nicht nur Brücke sein will, was wir begrüßt hätten, sondern auch Front, soll uns nicht stören, auch nicht, daß sie nicht in allem unserer Meinung ist. Wir spüren aber dort den Willen zum Verstehen wie bei uns.

Durch Vermittlung und auf Wunsch dieser Gruppe, die sich mit anderen zu einer südschleswigschen Kulturgemeinschaft zusammengefunden hat, war es uns möglich, in Husum und Schleswig einen Vortrag von Professor Steffensen, Kopenhagen, über „Rainer Maria Rilke, mit dänischen Augen gesehen“, zu hören. Der Abend war in Husum gut besucht und fand allgemein Anklang. Vielleicht konnte man als Ergebnis feststellen, daß Rilke in Dänemark genau so gesehen, verstanden und gewürdigt wird wie bei uns in Deutschland. Man darf sich freuen und kann sich beinahe wundern, daß dänische Wissenschaftler sich deutscher Probleme, die freilich ins Weltweite greifen, mit solcher Hingabe und Verantwortung annehmen. Professor Steffensen ist Nordschleswiger, in Hadersleben geboren und in Tondern aufgewachsen. Wir hoffen den Vortrag auch in Flensburg, vielleicht auch noch an anderen Orten bieten zu können.

Die südschleswigsche Kulturgemeinschaft, auf Dänisch Sydslesvigsk Samfund, stellt auch andere Redner zur Verfügung, und wir haben größtes Interesse, die Stellung dänischer Wissenschaftler zu den uns naheliegenden Grenzlandfragen zu hören, hätten freilich gerne diese Kulturgemeinschaft zu einer „schleswigschen“ ausgeweitet, in der nicht nur dänische Forscher, sondern auch deutsche in ehrlicher Wegfindung zusammenarbeiten würden, so wie es schon bei der Planung neuer Geschichtsbücher der Fall ist. Vor den realen Aufgaben schweigen Propaganda und nationale Ambitionen am leichtesten.

Zu den Versuchen, mit der anderen Seite ins Gespräch zu kommen, dürfen wir auch die Vorträge rechnen, die wir in Flensburg zusammen mit der Gewerkschaft über Wirtschaftsfragen des Grenzlandes halten und in Husum über Volkstumsfragen. In Flensburg sprachen verschiedene namhafte Redner über wirtschaftspolitische Probleme, in Husum hatte Professor Scheel, Schleswig, wie wir schon berichteten, sich zur Verfügung gestellt und 3 Vorträge aus der nationalen Entwicklung Nordschleswigs im Anfang des vorigen Jahrhunderts geboten. Er ist bekannt als einer, der die komplizierten Volkstumsverhältnisse des Grenzlandes aus eigenem Erleben kennt und wohl wie keiner den geheimen Kräften nachgespürt hat, die hier wirksam waren und heute noch wirksam sind. Wir haben uns gefreut, daß diese Vorträge von allen Seiten besucht wurden.

Die Vorträge in Flensburg werden fortgesetzt. Wann wir in Husum neue bieten werden, steht noch aus. Vielleicht wird es möglich sein, auch an anderen Orten ähnliche Veranstaltungen zu treffen.

In dieser Verbindung muß ich aber auch noch einen eigenartigen Versuch des ehemaligen dänischen Ministers Frede Nielsen erwähnen, mit uns ins Gespräch zu kommen. Er ist der Mann, der das bekannte Wort von der dänischen „Kulturoffensive“ geprägt hat und diese Offensive nun hart an die Grenze im Süden zu treiben scheint. Er hat vor kurzem in Friedrichstadt vor der dänisch-südschleswigschen Jugend gesprochen und

gegen Herrn Lübke und die deutsche Grenzpolitik vom Leder gezogen. Er gab dabei seiner Zuversicht darüber Ausdruck, daß die dänisch gesinnte Jugend Südschleswigs den Mut und die Ausdauer haben würde, den Kampf zu bestehen, der an lange Perspektiven gebunden sei. Frede Nielsen ist Sozialdemokrat, und es ist nicht zu übersehen, daß er bei den langen Perspektiven an die Einverleibung Schleswigs in Dänemark denkt. Wir haben wieder die Bestätigung, daß das letzte Ziel der dänischen Offensive die Loslösung Schleswigs von Holstein und Deutschland ist.

Ein anderes ist aber ebenso bemerkenswert, das nämlich, daß ein dänischer Parlamentarier und ehemaliger Minister auf deutschem Boden uns Deutschen einmal gründlich die Wahrheit sagt. Ich habe in einem früheren Grenzfriedensbrief schon darauf hingewiesen, daß die Grenze in einem Punkte schon überwunden zu sein scheint: Deutsche Regierungsvertreter reisen in Dänemark und verhandeln mit dänischen Staatsbürgern, als ob sie zu Hause wären, und dänische tun genau so in Deutschland.

Daß man es auch schon für angebracht hält, in des Nachbars Hause auf den Nachbarn zu schimpfen, muß ein Zeichen dafür sein, daß man sich wirklich zu Hause fühlt und bei Nahverwandten sich befindet.

Wir kommen dem Ziele schon näher.

Der Grenzpolitische Rat

Lieber Freund!

Du bittest mich um Bericht und Meinung über die Gründung des Grenzpolitischen Rats. Die Verhandlungen waren vertraulich, und da Dir die Grenzlandpresse nicht zur Verfügung steht, darf ich mich zunächst darauf beschränken, Dir die im „Nordschleswiger“ veröffentlichte Notiz zu übersenden. Mündlich demnächst mehr.

„Die Zielsetzung des »Grenzpolitischen Rats«.

Flensburg. In Flensburg konstituierte sich gestern der endgültige „Grenzpolitische Rat“, ein von Landes- und Bundesregierung unabhängiger Zusammenschluß deutscher Persönlichkeiten zur Wahrung grenzpolitischer Interessen des Landesteiles Schleswig. Der Rat, der sich aus dem am 1. März gebildeten vorläufigem Gremium entwickelt hat, wählte zu seinem Vorsitzenden Dr. Hanno Schmidt, Flensburg. Der Vorstand

besteht aus 12 Mitgliedern und je einem Vertreter der vier deutschen Grenzverbände. Aufgabe des Grenzpolitischen Rates wird es sein, zu allen grenzpolitischen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung klärend und meinungsbildend Stellung zu nehmen. Der Rat will die bestehenden deutschen Grenzverbände, ohne daß deren Selbständigkeit angetastet wird, in ihrer Wirksamkeit unterstützen.

Die Gründungsversammlung, an der hundert Persönlichkeiten aus allen politischen Kreisen, Bevölkerungsschichten und Altersgruppen teilnahmen, nahm einstimmig das Statut des Rates und 11 Grenzpolitische Leitsätze an, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Grenzpolitische Leitsätze

1. In der Absicht, ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Dänen im ganzen Schleswiger Gebiet nördlich und südlich der Grenze zu ermöglichen und zu fördern, bekennen wir uns zur Freiheit des völklichen Eigenlebens der beiderseitigen Minderheiten. Das nationale Bekenntnis des einzelnen ist eine Frage seines Gewissens. Wir lehnen staatliche Zwangsmaßnahmen gegen die Minderheit ab.

2. Wir lehnen jede Grenzverschiebung ab, weil dadurch die nationalen Schwierigkeiten in unserem Gebiet nicht beseitigt, sondern nur neue heraufgeführt werden.

3. Eine propagandistisch vorgetragene Offensive mit dem Ziel, deutsche Bevölkerungsteile zu danisieren, entspricht nicht dem wahren Sinn des Selbstbestimmungsrechtes.

4. Die nationalen Schwierigkeiten können nur behoben werden durch ein Recht für die Minderheiten, das ihnen kulturelles Eigenleben nach eigenem Ermessen sichert. Wir erwarten, daß beiderseitig ein gleichwertiges Recht für die Minderheiten angewandt wird.

5. Wir fordern unbedingte Staatsbürgertreue der Minderheiten und ihrer Glieder gegenüber dem Staate.

6. Wir vertreten den Standpunkt, daß nur durch die Befolgung dieser Grundsätze

a) ein friedliches Zusammenleben der Bevölkerung im Grenzgebiet gewährleistet ist.

b) freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark ermöglicht werden,

c) die beiderseitigen Minderheiten einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung guter Beziehungen leisten können,

d) der Gedanke der europäischen Gemeinschaft nicht von der schleswigschen Grenzfrage her gestört wird.

7. Pflicht und Aufgabe der deutschen Grenzpolitik ist es, unter Anerkennung dieser Grundsätze mit demokratischen Mitteln für die Stärkung des Deutschtums zu arbeiten.

8. Wir betonen die Verpflichtung, die deutsche Minderheit in Nord-schleswig, die ihre Staatsbürgerpflichten gegen Dänemark loyal anerkannt hat, bei ihnen auf Erhaltung und Pflege ihres Volkstums gerichteten Bestrebungen zu unterstützen.

9. Wir betrachten Schleswig-Holstein als eine Einheit. Daher lehnen wir jede verwaltungsmäßige Trennung Schleswigs von Holstein ab.

10. Wir erwarten von der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, daß sie sich tat- und opferbereit für die deutsche Sache im Grenzland einsetzt.

11. Wir fordern von Land und Bund die Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Beseitigung des wirtschaftlichen und sozialen Notstandes im Grenzland und zur Förderung des kulturellen Lebens besonders auf dem Gebiet der Volksbildung."

Diesen Leitsätzen lag ein Vorschlag des „vorläufigen Vorstandes“ zu Grunde, der mit geringen Änderungen angenommen wurde. Du wirst Dich mit mir darüber freuen, daß Dinge, die wir von Anfang an als Voraussetzung jeder Befriedungsarbeit im Grenzlande betrachtet haben und um deretwillen wir heftig angegriffen worden sind, nun allgemeine Anerkennung gefunden haben. So sind wir in der einheitlichen Auffassung unserer

Grenzarbeit schon ein tüchtiges Stück weitergekommen. Wenn Du aber die Sätze im einzelnen und genauer betrachtest, wirst Du das Gefühl haben, daß man sich auf den neuen Wegen noch nicht ganz sicher fühlt, daß man in den Formulierungen sehr vorsichtig und nicht immer glücklich ist, und daß daher das Ganze nicht voll befriedigt.

Ich hatte gewagt, dem Vorstand die folgenden Sätze vorzuschlagen und sandte sie vor der Gründungsversammlung dem Vorsitzenden zu, habe freilich nichts wieder darüber gehört. Ich glaube aber, daß sie Dich interessieren werden und möchte gerne Deine Meinung hören.

Arbeitsgrundsätze des Grenzpolitischen Rats.

1. Wir bekennen uns ohne Vorbehalt zum Recht des Einzelnen auf freie Entscheidung über seine nationale Zugehörigkeit und lehnen alle Bestrebungen und Maßnahmen ab, die das Ziel haben, diese Entscheidung zu beeinflussen oder Angehörige des einen Volkes in das andere hinüberzuziehen.

2. Wir bekennen uns ohne Vorbehalt zum Recht der Minderheiten auf unbehinderte Pflege und Sicherung ihres volklichen Eigenlebens, lehnen aber alle Bestrebungen ab, die eine Verschiebung der heutigen Grenze zwischen Deutschland und Dänemark zum Ziel haben. Sie machen die Befriedung des Grenzlandes unmöglich und bringen keine Lösung der nationalen Schwierigkeiten.

Von den Minderheiten und ihren Gliedern fordern wir unbedingte Treue gegenüber dem Herbergsstaat.

3. Zur Wiederherstellung des nationalen Gleichgewichts im Grenzlande erwarten wir, daß die nach 1945 der deutschen Minderheit in Nordschleswig entrissenen Kultur- und Volkspflegeeinrichtungen in gebotenumfange wiederhergestellt werden und daß die deutsche Bundesrepublik Maßnahmen trifft, um die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Lage im Landesteil Schleswig auf die Dänemarks abzustimmen. Eine verwaltungsmäßige Trennung Schleswigs von Holstein lehnen wir ab.

4. Wir halten es für wünschenswert, daß die beiden Staaten in echt europäischem Geiste sich baldmöglichst sowohl über die Rechte und die Pflege der beiderseitigen Minderheiten als über geeignete Schritte zur Angleichung und Hebung der Lebensverhältnisse ihrer Völker verständigen.

Du wirst finden, daß sie im wesentlichen nichts anderes sagen als die des grenzpolitischen Rats. Nur in den beiden letzten Punkten gehe ich ein Stück weiter. Ich finde, daß wir trotz aller Lobreden, die man der demokratischen Gesinnung in Dänemark halten kann, nicht verschweigen und vergessen wollen, daß es der deutschen Minderheit gegenüber zu einer demokratischen, d. h. hier völkerversöhnenden Haltung bisher nicht zurückgefunden hat. Das ihr zugefügte Unrecht muß wieder gutgemacht werden.

Ferner glaube ich, daß wir in der Annäherung der beiden Völker nur weiterkommen werden, wenn auch die letzten Voreingenommenheiten gegenüber der anderen Nation und die immer neuen Anspielungen auf Verlegung der Grenze endgültig fallen. Das wird umso schneller geschehen,

je eher die beiden Regierungen sich darüber einig werden, die Grenze abzubauen und niederzulegen.

Deutschland soll schon verschiedentlich die Abschaffung des Visumzwanges angeregt haben. Dänemark lehnt immer noch ab. Darüber hinaus muß aber auch über Zölle, über Angleichung der Löhne und der sozialen Versorgung und über viele andere Dinge geredet und beschlossen werden. Es ist klar, daß dabei Schwierigkeiten wirtschaftlicher und anderer Art zu überwinden sind, und wir wissen auch, daß das Aufstehen der Nationen gegeneinander nicht einmal wesentlich vom Wirtschaftlichen her gekommen ist und darum auch nicht unbedingt mit wirtschaftlichem Ausgleich verschwinden wird. Aber der Wille zur Überwindung der Gegensätze ist überall im Wachsen, und das Wirtschaftliche und Soziale wird seine unbestrittene Bedeutung haben beim Werden des Neuen, durch das das Nationale in den Hintergrund kommen wird.

Alles dies und noch mehr meine ich mit dem Punkt 4. und hoffe, daß der Grenzpolitische Rat auch in dieser Richtung zur Förderung des Friedens im Grenzlande und in Europa seinen Beitrag leisten kann.

Die Namen der vom Rat gewählten Vorstandsmitglieder werde ich Dir später mitteilen. Es war bemerkenswert und gewiß nicht ohne Bedeutung, daß sich unter ihnen nicht wenige finden, von denen wir bisher in der Grenzarbeit noch nichts gehört haben. Ich sage „nicht ohne Bedeutung“, weil man glauben darf, daß sie ohne Belastung durch das Grenzgeschehen vergangener Tage sich neuen Gedanken gegenüber offener zeigen werden als wir, die wir uns oft vergeblich mühen, aus den Maschen der Geschichte uns zu lösen.

Eines hat mich bei der Wahl freilich bedenklich gemacht, besonders in Betrachtung der Sätze 9 und 10, wo man von Schleswig-Holstein spricht und sich an die schleswig-holsteinische Bevölkerung wendet und doch entgegen Deiner immer so lebhaft betonten Forderung keinen Holsteiner in den Vorstand gewählt hat. Ich weiß nicht einmal, ob außer Dir aus Holstein überhaupt sich jemand im Rat befindet.

Flensburg Avis meint, daß das Schiff bei seinem Stapellauf schon starke Schlagseite zeigt, und auch Du wirst manches finden, was Dir nicht gefällt. Da hat man sich scheinbar sorgfältig bemüht, alles, was irgend Parteien oder Regierungsspitzen nahesteht, fernzuhalten, weil man deren Bevormundung fürchtet, und fürchtet, in Abhängigkeit von stärkeren Stellen zu geraten. Man versteht das. Andererseits finde ich, daß der Grenzpolitische Rat als meinungsbildende und beratende Stelle größtes Gewicht darauf legen müßte, die ausschlaggebenden Vertreter der ausschlaggebenden Stellen in seiner Nähe zu haben. Wie soll der Staat des Volkes Meinung ausführen, wenn man seine Vertreter vom Volk abriegelt? Schließlich müssen wir uns trotz übler Erfahrungen daran gewöhnen, daß wir der Staat sind, daß die Beamten unsere Beamten sind und die Vertreter der

Parteien von uns gewählt sind und darum unseren Willen in die Wirklichkeit umzusetzen haben. Was kann da für beide Seiten wünschenswerter und notwendiger sein, als daß jene Stellen die Meinungsbildung und den Meinungsaustausch im Rat miterleben und in den Stand gesetzt werden, ein klares Urteil zum Geschehen im Grenzlande sich zu bilden.

Von diesem Gesichtspunkte aus urteile ich auch über die Unzufriedenheit des BHE. Nach Pressemeldungen sieht er sich bei der Bildung des Grenzpolitischen Rats übergangen und hat einen eigenen Grenzpolitischen Ausschuß gebildet. Wir wissen, daß den Volksgenossen aus dem Osten die Formen unseres Grenzkampfes nicht vertraut sind, und haben auf vielen Versammlungen erfahren, wie schwer es ist, ihnen die Augen zu öffnen für die Besonderheit der Lage hier im Schleswigschen. Ein großer Teil von ihnen wird hier bleiben und sich einleben müssen. Es ist nicht nur billig, daß wir ihnen Gelegenheit geben, sich zu orientieren, es ist auch notwendig, daß wir ihre andere Einstellung zu dem Geschehen hier hören, um eine einheitliche Meinung zu den Grenzlandaufgaben zu erreichen.

So wäre noch manches zu sagen, ja ich hege für den Ausbau des Grenzpolitischen Rats so verwegene Gedanken, daß ich vorerst nicht wage, sie niederzuschreiben. Ich glaube aber, daß wir im ganzen gesehen, durch ihn ein tüchtiges Stück weitergekommen sind.

Mündlich mehr.

Dein D. H.

Um die Schulen unserer Minderheiten.

Aus der Presse erfahren wir, daß das ehemalige deutsche Gymnasium in Apenrade, das bereits geraume Zeit vor 1933 aus privaten deutschen Mitteln erbaut worden ist, und 1945 mit anderen deutschen Schulen vom dänischen Staat enteignet wurde, endgültig in den Besitz der dänischen Militärbehörde übergehen soll. Diese Tatsache wird viele Deutsche nördlich und südlich der Grenze mit Trauer und Bitterkeit erfüllen, und schwache Hoffnungen, daß vernünftige Überlegungen in der Minderheiten-Schulfrage sich in Dänemark noch durchsetzen würden, endgültig zerstören. „Der traditionsreiche, schöne Bau an der Norderchausee“, sagt der „Nordschleswiger“ wird für alle, die ihn kannten, zu einem Mahnmal des Unrechts werden.“

Für diejenigen unserer Leser, die den Ereignissen in Nordschleswig nicht immer gefolgt sind, sei hier eingefügt, daß unsere deutsche Minderheit bis 1945 dort 30 Gemeindeschulen und 59 Privatschulen zur Verfügung hatte, die von mehr als 4000 Kindern besucht wurden. Am 27. Juni 1945 wurden alle diese Schulen geschlossen und die deutschen Kinder ohne Unterricht gelassen oder auf dänische Schulen verwiesen. Am 12. Juli 1946 erschien dann ein Gesetz, das das Minderheitenschulwesen neu regelte.

Die Gemeindeschulen wurden nicht wieder eröffnet und die Gebäude der Privatschulen, die inzwischen beschlagnahmt worden waren, nicht wieder zurückgegeben. Die Beschaffung anderer sollte gestattet werden. Der Staat wollte zu ihrem Bau und zur Durchführung ihres Betriebes einen Zuschuß geben. Von der Internierung der Lehrer und allem anderen, was die deutsche Kulturarbeit drosseln mußte, soll hier nicht die Rede sein. Ich will nur erwähnen, daß bis heute nur 25 Privatschulen wieder eröffnet werden konnten und daß von den 4 000 Kindern von einst heute nur 900 deutschen Unterricht bekommen.

Einsichtige Dänen haben dies Vorgehen von Anfang an nicht nur verurteilt, sondern für bedenklich gehalten, insbesondere die endgültige Schließung der Gemeindeschulen. Die nach der deutschen Kapitulation als Massenpsychose einsetzenden Haßgefühle unterdrückten alle ruhige Überlegung, und die Vernunft hat sich bis heute noch nicht durchgesetzt.

Aber das ist's nicht allein, was uns unruhig macht.

Schleswig-Holstein betont, vielleicht etwas zu stark, immer den Grundsatz der Gegenseitigkeit und verfügte mit Wirkung vom 1. 8. 48 auch die Aufhebung der bei uns vorhandenen öffentlichen Minderheitsschulen und stellte anheim, sie mit staatlichem Zuschuß als Privatschulen weiterzuführen. Das Land sparte dabei einige Mittel. Die Minderheit protestierte, richtete sich aber sehr bald auf die neuen Verhältnisse ein. Der dänische Staat bewilligte ihr die notwendigen Millionen für Neubauten und für Lehrergehälter, und die Opferfreudigkeit des dänischen Volkes tat ein übriges. Heute stehen nun überall in den Städten und Dörfern Südschlewigs die dänischen Prunkbauten als Fassade dänischer Schulkultur und als Mahnmale an die deutsche Niederlage 1945. Die Überführung des Minderheitenschulwesens in die private Sphäre hat der dänischen Kulturoffensive nicht allein die Bahn erst frei gemacht, sondern ihr auch die Düsensätze eingebaut, die ihr die Stoßkraft nach vorne geben.

Ich habe schon im ersten Grenzfriedensbrief dargelegt, daß ich die Minderheitenbetreuung auf dieser Ebene für bedenklich und gefährlich halte. Sie bringt keine Lösung der nationalen Spannungen, sondern erhöht sie.

Ich habe zwischen 1920 und 1945 die meisten deutscher Schulen in Nordschleswig kennengelernt und will nicht verschweigen, daß die Leistungen der Privatschulen, soweit ich sie habe sehen dürfen, über alles Lob erhaben waren. Sie waren für das nationale Leben Brenn- und Strahlungspunkte ersten Ranges, mehr als die Gemeindeschulen; aber sie waren feuergefährlich.

Wir hatten das Patenschaftswesen ausgebaut, das diese Schulen moralisch und materiell unterstützte. Wenn Paten aber Mittel bewilligen sollten, wollte man hören, daß es der Minderheit schlecht ging, daß sie drangsalieret wurde und Hilfe brauchte. So wurden nationale Unzuträglichkeiten, die

sich immer im Grenzlande finden, ins Unerträgliche verzerrt und von den Betreuern gerne so gesehen.

Die Lehrer hatten ihre Planstellen in Deutschland, ihre Arbeit in Dänemark. Sie hatten das richtige Gefühl, daß sie im Auslande lebten und ihnen eine deutsche Mission aufgegeben war. Die Reaktion auf der anderen Seite blieb nicht aus. Ein schlichter dänischer Bauer sagte mir 1935 schon mit prophetischem Blick; „Die deutschen Schulen werden sich nicht halten.“

In viel schnellerem und viel stärkerem Maße hat sich diese Entwicklung nun in Südschleswig auf der Gegenseite vollzogen, wo dem dänischen Privatschulwesen geradezu eine Irredentabildung zum Ziel gesetzt worden ist.

Wenn wir Grenzfrieden wollen, müssen wir die Schulen aus der privaten Betreuung in die des Staates zurückholen.

Frau Refslund-Thomsen, die Tochter H. P. Hansens, des letzten dänischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag, schreibt: „Wir haben den deutschen Infiltrationsapparat ausreichend kennengelernt, wie er in den bedeutend unkontrollierten Privatschulen gedieh; deshalb wünschten wir 1945 die Kommenschulen zu bewahren. Da hatten wir immer noch Einsicht in die deutsche Schule, mehr Kontrolle, und die Lehrer waren dänische Beamten und anderes mehr.“

Auch wir haben die dänischen Privatschulen so gut wie ohne Aufsicht gelassen. Ja, wir taten und tun am liebsten, als ob sie nicht da wären, und das wird sich rächen. Denn Frau Refslund-Thomsen spricht nur von der einen Seite, von der Notwendigkeit der Kontrolle der Minderheitenarbeit. Ein anderes ist viel wichtiger: das ist die Aufgabe, die Minderheit hineinzuführen in das allgemeine Geschehen im Herbergsstaat und die Heranziehung der Minderheit zur aktiven Verantwortung für diesen Staat. Solange die Minderheit alles unter dem Gesichtspunkt ihrer Minderheitsinteressen sieht und alles andere ihr gleichgültig bleibt, ist sie ein Fremdkörper, der jede Gelegenheit wahrnimmt, seinen Abstand vom Herbergsstaat zu betonen und gleichzeitig alles tut, um die Möglichkeit vorzubereiten, aus diesem Staate auszurechnen. Solange aber ist ein unbefangenes Nebeneinander von Herbergsvolk und Minderheit nicht möglich, solange auch kein Grenzfrieden. Hier stehen wir vor einer Aufgabe, die die Privatschule in ihrer heutigen Form weder lösen kann noch will.

Die öffentliche Schule dagegen stellt die Minderheit mit ihren Lehrern, Schulvorstehern und Elternbeiräten hinein in das Geschehen der Öffentlichkeit. Der Lehrer bezieht sein Gehalt vom Staat und wird von ihm für Krankheit und Alter sichergestellt. Die Gemeinde ist für den äußeren Zustand der Schule, in Dänemark zum Teil auch für ihre Leistungen, mit verantwortlich. Die Bevölkerungsmehrheit muß sich mit der Minderheitsschule genau so befassen wie mit der eigenen. Die Minderheit wird gehört und hat im Rahmen ihrer Zahl ein Mitbestimmungsrecht in Schulsachen. Sie ist ein lebendiges Glied des öffentlichen Geschehens. Das soll und kann sie

nicht hindern, mit dem Muttervolk die unentbehrliche Verbindung aufrechtzuerhalten, und so wird sie das rechte Bindeglied zwischen Volk und Volk, und geeignet, die vielberufene Europagesinnung zu fördern, von der heute jedermann spricht. Wir haben dann das, was wir von Anfang an gefordert haben: die staatliche Minderheitenfürsorge.

Man wende nicht ein, daß die Erfahrungen in Nordschleswig gelehrt haben, daß es nicht ging. Wohl gab es Augenblicke und Orte, wo wir die Privatschulen den Gemeindeschulen vorzogen. Aber die Entwicklung bis 1945 ging durchaus in der Richtung positiver Zusammenarbeit mit dem Staat, und die dänischen Behörden zeigten der Minderheit gegenüber wachsendes Verständnis. Die schöne, ehemals deutsche Gemeindeschule in Saxburg ist ein schönes Denkmal solchen von der Amtsschuldirektion in Tondern erwiesenen Edelsinns.

Dänische Freunde schreiben mir, daß die Sache der öffentlichen Minderheitenschulen dort nicht mehr zur Debatte steht. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß sie eines Tages wiederkommen, hoffe sogar, daß dann auch das deutsche Gymnasium in Apenrade unserer Minderheit wieder zurückgegeben wird, nicht nur als Privatschule, sondern als öffentliche, vom dänischen Staat getragene Institution.

Die Fälle Paysen und Meyer, und eine Beschwerde

Die in der Überschrift festgehaltenen Namen sind in den letzten Monaten verschiedentlich durch die Presse gegangen. Für diejenigen unserer Freunde, denen die damit verbundenen Verhältnisse nicht geläufig sind, folgendes:

Paysen ist besoldetes Ratsmitglied der Stadt Schleswig. Er ist, soweit wir erfahren haben, Mitglied der SSV, und als solches seinerzeit von der Stadtvertretung gewählt worden. Vor einigen Wochen soll er bei der Einweihung einer dänischen Schule in Angeln nach Flensburg Avis erklärt haben, „daß für alle, die von kulturellen Dingen eine ehrliche Überzeugung haben, eine Diskussion über Grenzen ohne Bedeutung ist. Das Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit mit gleichgesinnten Menschen auf beiden Seiten der Grenze muß auch ohne Veränderung der Grenze stark genug sein, den roten Strich auf der Landkarte zu überwinden.“ Die Stadtvertretung Schleswig hat ihn wegen dieser Auslassung zur Verantwortung gezogen und verabschiedet. Paysen hat ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt. Ob er mit Voll- oder Ruhegehalt sein Amt aufgeben muß, steht noch dahin.

Wir sind gefragt worden, wie wir uns zu dieser Angelegenheit stellen und geben unumwunden zu, daß wir für die Handlungsweise der Schleswigschen Stadtvertretung keinerlei Verständnis haben, sondern daß das,

was Paysen zum Ausdruck gebracht haben soll, sich durchaus mit den Anschauungen des Grenzfriedensbundes deckt. Ein anderes ist vielleicht, ob er als Beamteter der früher rein deutschen Stadt Schleswig nicht besser dänischen Schuleinweihungen fernbleibt oder bei solchen Anlässen schweigt. Ihm das zu sagen, hätte nach unserem Dafürhalten eine Rücksprache mit dem Bürgermeister genügt.

Anders ist das mit dem Fall Meyer. Er ist Lehrer an der dänischen Privatschule in Schafflund, Kreis Flensburg. Er soll auf einer Versammlung in Sonderburg die dänischen Südschleswiger zur Dienstverweigerung in einer deutschen Wehrmacht aufgefordert und gesagt haben: „ . . . Wir hegen kein Vertrauen zu einem deutschen Heer in der jetzigen Demokratie ohne Demokraten, die heute in Deutschland besteht. Wir verhalten uns aus nationalen Gründen ablehnend, weil das Selbstbestimmungsrecht gebrochen worden ist. Wir können es vor unserm Gewissen und vor der kommenden Generation nicht verantworten, in eine deutsche Wehrmacht einzutreten . . . Keiner soll uns erzählen, daß eine kommunistische Besetzung schlimmer sein wird als die deutsche . . . ”

Die Landesregierung hat Meyer vom Dienst beurlaubt und ein Dienststrafverfahren gegen ihn eröffnet. Das ist formgerecht und richtig, aber ich weiß nicht, ob solche Fälle nicht einfacher erledigt werden können. Ich möchte glauben, daß es in solchem Falle am Platze wäre, in direkter Fühlungnahme mit der betreffenden dänischen Organisation ihn aus seinem Dienst in Südschleswig zu entlassen und es der dänischen Regierung anheimzustellen, ihn nördlich der Grenze, besser noch nördlich der Königsau unterzubringen. Solche Erzieher sind im Grenzgebiet nicht am richtigen Platz. Sie stören die Grenzfriedensarbeit.

Während ich den Brief abschließe, bringt die Presse die Nachricht, daß eine Beschwerdeschrift von Bøgh-Andersen, dem Vorsitzenden des Südschleswigschen Vereins, und von Oldsen, dem Vorsitzenden des dänisch-friesischen Vereins, an den Bundespräsidenten Heuß gesandt worden ist. Sie beschwerten sich über die ständig wachsenden Übergriffe gegen die dänische und friesische Bevölkerung und suchen das an einer Reihe von Beispielen, die in einer Anlage besonders aufgeführt werden, nachzuweisen. Es handelt sich um Beschwerden verschiedenster Art, über Rechtsprechungsfälle, wo man mit dem Urteil der Gerichte nicht zufrieden ist, über Erschwerung der Jugend- und Sportarbeit, über Wahlschwierigkeiten, über Wohnungsfragen, Sozialunterstützungen, Unterdrückung der Meinungsfreiheit usw. An die 50 Fälle werden herangezogen. Man verschweigt auch nicht, daß man verschiedentlich auf dem Beschwerdeweg zu seinem Recht gekommen ist.

Was sollen wir dazu sagen? Ich darf daran erinnern, daß Sydslesvigsk Udvalg sich vor Monaten an uns wandte, als die Gemeindevertretungen in Tarp und Schwabstedt Schwierigkeiten machten bei der Beschaffung von

Bauplätzen für die dänischen Schulen. Wir haben damals zu vermitteln gesucht und gleichzeitig Sydslesvigsk Udvalg geschrieben, daß diese Dinge nur Anzeichen dafür seien, daß die nationalen Verhältnisse sich bei uns noch nicht gesetzt hätten. Die Zurückhaltung der deutschgebliebenen südschleswigschen Bevölkerung gegenüber den Neudänen ist immer noch nicht überwunden, und wird in dieser Generation auch kaum überwunden werden. Wenn der Nachbar vor 10 Jahren noch Heil Hitler rief und klare deutsche Gesinnung zeigte und 1945 plötzlich behauptet, er sei Däne, so glaubt das Volk ihm nicht. Er verliert die Achtung, die man bisher ihm als Volksgenosse erwiesen hat, und das wirkt sich auf alle Verhältnisse aus. Man kann das mißbilligen oder nicht, aber es ist so, und wird sich erst mit der Zeit ändern. Dann werden jene Fälle weniger, aber ganz werden sie im Grenzlande nie aufhören. Davon wissen auch unsere deutschen Nordschleswiger ein Lied zu singen. Wenn man ihr Beschwerdebuch sehen will, sehe man die nordschleswigschen Kalender durch, die seit 1945 erschienen sind. Da lesen wir von Totschlag, Sprengung, Brandstiftungen und ähnlich schweren Dingen, denen gegenüber die Klagen der SSV sich kleinlich ausnehmen.

Wir wissen, in Dänemark sind diese Vorgänge Ausschwingungen der Besatzungszeit und der Kapitulation. In Deutschland ist das, wofür man sich beschwert, eine Folge der Flucht der Massen aus der Niederlage. Beide Völker werden über beides hinwegkommen und das Erlebte wird in ihrem Gemüt einst abgeklungen sein. Man wird sich aneinander gewöhnen, und trotzdem werden neue Fälle und neue Klagen kommen. Eines aber ist tröstlich an der Sache: Man scheint Vertrauen zu gewinnen. Man wendet sich nicht mehr an den Engländer oder an den Amerikaner, sondern geht ans Bundesverfassungsgericht und zum Bundesvater. Der kleine Bruder darf den großen an der richtigen Stelle verklagen, und der Vater wird sagen: „Kinder, ihr müßt euch vertragen!“

Aber die Sache hat auch eine andere Seite. Bøgh-Andersen hat vor einigen Tagen erklärt, daß Dänemark, angesichts seiner Bindung an die allgemeine europäische Politik, für die Südschleswiger scheinbar nichts mehr tun könne, man müsse darum, ohne sich ums Mutterland zu kümmern, seinen eigenen Weg gehen. Das Folkething hat unmißverständlich diese Äußerung mißbilligt und vor Eigenbrödelei gewarnt. Wir meinen, wenn dieser „eigene Weg“ der sein sollte zur deutschen Öffentlichkeit und zur deutschen Landes- und Bundesobrigkeit, dann wollen wir uns freuen. Das zeugt nicht nur von Vertrauen in das Rechts- und Billigkeitsgefühl dieser Stelle, sondern auch von dem Willen zur Einfühlung in das Gefüge des Herbergsstaats.

Hedtoft hat in einer zur Mäßigung mahnenden Rede darauf hingewiesen, daß eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts ohne gleichzeitige Anerkennung des Rechts auf freie Pflege des Volkstums keinen Sinn hat. Wir geben ihm ohne weiteres Recht und setzen dabei voraus, daß er mit

dem Selbstbestimmungsrecht das nationale und nicht das territoriale meint. Wir meinen mit ihm, daß jede Schikanierung und Diskriminierung der Minderheit aufhören muß, auch von Seiten nicht öffentlicher Stellen.

Freilich läßt Hermann Clausen dem gegenüber verkünden, daß er als letztes Ziel seiner Bewegung die Abstimmung nicht aufgeben wird. Auch verschiedene Vertreter im dänischen Folkething scheinen eine ähnliche Haltung noch einzunehmen. Das kann uns bei dem augenblicklichen Stand von etwa 100 000 dänischen : 250 000 deutsch gesinnten einheimischen Südschleswigern und bei der immer noch rückläufigen Bewegung der dänischen Organisationszahlen nicht beunruhigen, umso weniger als die Völkerrechtstheoretiker sich darüber streiten, ob neben der Zustimmung der beiden betroffenen Staaten eine einfache, eine Zweidrittel- oder eine Dreiviertel-Mehrheit für eine Gebietsabtretung erforderlich ist. Die Abstimmungsforderung entbehrt z. Zt. jeder realen Grundlage und scheint uns heute nicht mehr zu sein als eine politische Doktrin, die in Europa noch nie zu voller Anerkennung kam und heute schon durch die Entwicklung überholt ist.

Sollte diese Erkenntnis der Beschwerde von Bøgh-Andersen und Oldsen zugrunde liegen, wären wir ein erfreuliches Stück weitergekommen.

Detlef Hansen

Husum, den 6. Mai 1952

DRUCKSACHE

**Bund für deutsche Friedensarbeit
im Grenzlande e. V.
(Grenzfriedensbund)**

24b

HUSUM, Brinkmannstr. 29 · Fernruf 425